



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz** und Fraktion (SPD)

Konsequent impfen, verantwortungsvoll lockern, klar kommunizieren: Bayerns Weg aus der Coronapandemie

Der Landtag wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund, dass laut Expertinnen und Experten mit einem baldigen Rückgang der derzeitigen Omikronwelle gerechnet werden kann, es aber nach wie vor eine zu große Immunitätslücke in der bayerischen Bevölkerung gibt, wird die Staatsregierung aufgefordert, verantwortungsvolle Lockerungen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens vorzubereiten und zugleich konsequente Anstrengungen zu unternehmen, um möglichst viele Menschen durch Impfungen zu schützen. Die Öffnungsschritte und die Impfkampagne sollen mit einer transparenten und klaren Kommunikation begleitet werden.

1. Konsequent impfen

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag zu berichten, aus welchen Gründen Bayern laut aktuellem RKI-Impfquotenmonitoring (Stand: 14.02.2022) (RKI = Robert Koch-Institut) im Bundesländervergleich nur im Mittelfeld liegt, was die Quote der Auffrischungsimpfungen anbelangt (im Vergleich der westdeutschen Bundesländer sogar auf dem vorletzten Platz), und welche konkreten Schritte sie unternehmen will, um die Zahl an Boosterimpfungen – insbesondere die ebenfalls unter Bundesschnitt liegende Quote bei den über 60-Jährigen – zügig zu erhöhen,
- zur Vorbereitung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht auf einen konstruktiven Weg zurückzukehren, um Risikopatientinnen und -patienten, Pflegebedürftige und das im Gesundheits- und Pflegebereich tätige Personal bestmöglich zu schützen: Hierfür soll sie einen konkreten Plan vorlegen, wie und in welchem zeitlichen Rahmen sie ihrer Aufgabe nachzukommen gedenkt, das Bundesgesetz zu vollziehen.

2. Verantwortungsvoll lockern

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die Lockerung von Coronamaßnahmen vorzubereiten und hierfür ein transparentes Kennzahlensystem zugrunde zu legen sowie die Empfehlungen von Fachpersonen aus Wissenschaft und Gesundheitswesen (u. a. des Corona-Expertinnen- und Expertenrats der Bundesregierung) angemessen zu berücksichtigen,
- ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, in Kitas und Schulen einen fortlaufenden Betrieb zu ermöglichen, der den Schutz aller Beteiligten möglichst sicherstellt und die Einrichtungen bei Bedarf unterstützt,

- die Benachteiligung der Kultur und die existenzgefährdenden Maßnahmen in diesem Bereich unverzüglich zu beenden.

Begründung:

Nach Wochen mit immer weiter steigenden Coronainfektionszahlen rechnen die meisten Fachleute nun in Kürze mit einem Rückgang der sogenannten Omikronwelle. Der Corona-Experten- und Expertenrat der Bundesregierung empfiehlt deshalb die Vorbereitung „vorausschauender Öffnungsstrategien“. Gleichzeitig gibt das Gremium aber zu bedenken, „dass im Rahmen etwaiger Öffnungsschritte ungeimpfte und ältere Menschen mit einem Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf verstärkt in das Infektionsgeschehen einbezogen werden. Weiterhin tragen diese Gruppen das höchste Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf und müssen geschützt werden.“

Gerade für Bayern sind diese Warnungen von Bedeutung, da der Freistaat im Bundesländervergleich eine niedrige Quote an Auffrischungsimpfungen aufweist: Laut RKI-Impfquotenmonitoring vom 14. Februar 2022 liegt Bayern mit einer Quote von 53,5 Prozent nur auf Platz 10, unter den westdeutschen Bundesländern ist gar nur Hessen schlechter. Auch bei der Boosterimpfungsquote der über 60-Jährigen bewegt sich Bayern mit 75,4 Prozent im Mittelfeld (Platz 9) sowie unter dem Bundesschnitt (76,2 Prozent). Dass die Staatsregierung mit ihrer zwischenzeitlichen Kampagne gegen eine einrichtungsbezogene Impfpflicht zudem Zweifel am Impfen säte, ist vor diesem Hintergrund alles andere als hilfreich. Inzwischen lässt sich unseres Erachtens die Frage stellen, ob Ministerpräsident Dr. Markus Söder vor der zentralen Aufgabe, die Impfquote zu erhöhen und möglichst viele Menschen somit zu schützen, kapituliert hat.

Dies wiederum wäre fatal, geht es doch in dieser Phase der Pandemie – gerade in Bayern – um dreierlei: konsequent impfen, verantwortungsvoll lockern, klar kommunizieren. Die SPD-Fraktion hatte deshalb u. a. bereits in der vergangenen Woche in Form der Dringlichkeitsanträge „Gemeinsam aus der Coronapandemie: Impfungen vorantreiben – Risikopatienten und Pflegebedürftige vor COVID-19 schützen – Rechtsstaat wahren!“ (Drs. 18/20548) und „Transparente und klare Öffnungsstrategie!“ (Drs. 18/20646) wesentliche Forderungen skizziert. Dass die Staatsregierung ihrer landespolitischen Verantwortung gerade beim Thema Impfen seit Wochen nicht gerecht wird, ist nicht länger akzeptabel.